

## **Antrag an den Frühjahrsratschlag am 9./10. April 2022**

(Leicht geändert gegenüber dem Text im Reader)

**Der Ratschlag beschließt eine basisdemokratische Debatte zum Selbstverständnis und zur Struktur von Attac Deutschland, die von Rat und KoKreis zu organisieren ist. Dafür erarbeiten die Vertreter\*innen unterschiedlicher Positionen im Rat jeweils unterschiedliche Vorschläge, die dann an alle RGen, BAGen und MGOen zur weiteren Debatte versandt werden.**

### **Begründung:**

Die Struktur einer Gruppierung, Organisation oder Bewegung ist abhängig von ihrem jeweiligen Selbstverständnis. Also: Wozu gibt es Attac überhaupt, was will es, was sind seine Ziele? Erst wenn das geklärt ist, kann eine Strategie auf diese Ziele hin entwickelt werden. Dazu benötigt Attac eine Struktur, die die Entwicklung seiner Strategie unterstützt und möglich macht. Die aktuelle Struktur mit einer Regelsammlung, die von jeder politischen Position her beliebig im je eigenen Interesse auslegbar ist, hilft bei Konflikten jedoch nicht und droht die Glaubwürdigkeit von Attac zu untergraben.

Struktur und Selbstverständnis müssen also einander entsprechen. In der Sicht vieler Attacies trifft das bei Attac D nicht mehr zu. Entscheidungen des KoKreises werden offenbar ohne Absprache mit dem Rat getroffen (obwohl der Rat doch dem KoKreis den Rahmen vorgeben sollte), geschweige denn dass die Basis von Attac, also RGen, BAGen, MGOen und Einzelmitglieder davon wissen. Der Konflikt um Attac Hamburg macht mehr als deutlich, wie dringend eine attac-interne Debatte darüber jetzt geworden ist und auch, dass sie schon letztes Jahr hätte geführt werden müssen. Zentral ist dabei die Frage: Was soll als „rechts-offen“ gelten, und wie soll damit umgegangen werden? Wie der Konflikt zeigt, gibt es mindestens zwei Positionen dazu, vielleicht aber auch mehrere, und das muss solidarisch attac-intern geklärt werden, bevor die ganze Sache die Glaubwürdigkeit von Attac D beschädigt, was dann auch negative Auswirkungen auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das BVerfG haben dürfte. Es gibt bereits Attacies, die nicht mehr an eine attac-interne Lösung des Konflikts glauben und daher erwägen, mit ihrem Austritt aus Attac an die Öffentlichkeit zu gehen weil sie sich wegen der Reaktionen des Kokreises auf die Hamburger Demo für dieses Attac „schämen“. Sie sind aber bereit, das Ergebnis der auf diesen Antrag folgenden Debatte noch abzuwarten.

**Im Zusammenhang mit der Klärung von Positionen betrachte ich meine schon im letzten Jahr an den Rat gestellten Fragen (Anhang ) als Teil dieses Antrags.** Denn sie beziehen sich auf eine Position, die von Werner Rätz formuliert wurde und es sollte geklärt werden, ob diese Position für ganz Attac D gelten kann.

Ich schlage vor, trotz der offensichtlich festgefahrenen Fronten in der Debatte auf gegenseitige Vorwürfe (wie sie jetzt schon zum Thema Hamburg zirkulieren) zu verzichten, denn sie führen nicht weiter. Vielmehr sollte eine sachliche Vor-Debatte im Rat klären, **wie viele und welche Positionen es zu Selbstverständnis und Struktur von Attac gibt**, denn beides hängt zusammen. Dann sollten die jeweiligen Vertreter\*innen ihre Positionen schriftlich formulieren und erläutern, und dann könnten diese Papiere gleichzeitig an alle RGen, BAGen, MGOen gehen mit der Aufforderung, diese Positionen auch innerhalb ihrer Gruppen zu debattieren.

**Ziel sollte sein:**

**ein Ratschlag, bei dem eine auf diese Weise informierte Basis noch einmal übergreifend debattiert und zu Beschlüssen kommt.**

Anhang:

Barbara Volhard: **Fragen an den Attac-Rat**

Es geht – darüber muss endlich geredet werden – um **die politische Grundausrichtung von Attac**, und dazu hat Werner Rätz auf der Diskussionsliste am 25.03.21, 07:02 einiges offen gelegt. In einer Reaktion auf Mike Nagler schreibt er:

*"Ich war ja nun wirklich von Anfang an dabei und habe alle Phasen mit geprägt. Attac war zu Beginn ein Netzwerk, das sehr bewusst die Wege bis weit in die CDU und den rechten Teil der Grünen ebenso offengehalten hat wie in den Mainstream der Gewerkschaften und der SPD, also in deiner Terminologie ein Zusammenhang, der bewusst und betont "bürgerlich" sein wollte. Dafür standen fast alle einflussreichen Individuen der Gründergeneration außer mir ganz ausdrücklich und wir haben viel darüber gestritten.*

*Erst in den letzten zehn Jahren hat sich Attac zu einem Akteur gewandelt, der sich selbst als Teil der Linken versteht und auch so wahrgenommen wird. Allerdings haben wir uns der Bewegungslinken angenähert, mit der wir bei Blockupy, aber auch schon in Heiligendamm auf der Straße waren, und nicht der traditionssozialistischen Altlinken, die ihre Orientierungen noch aus den 80er-Jahren zieht."*

**Ich bin 2002 bewusst und aus guten Gründen in jenes überparteiliche Attac eingetreten, das breite Gemeinsamkeit suchte auf dem Weg in eine mögliche andere Welt bei klarer Abgrenzung nach rechts. Dieser erstaunlich offenherzige Text von Werner wirft daher für mich einige Fragen auf:**

1. Mit wem wurde diese so grundsätzliche Umorientierung von Attac debattiert und vor allem: auf dem Ratschlag beschlossen?
2. Welchen konkreten Niederschlag hat das Ergebnis dieser Debatte in der Definition dessen, „was Attac ist“ gefunden?
3. Steht diese neue Definition von Attac auf der Webseite und wie lautet sie im Gegensatz zu der vorherigen Definition?
4. Waren sämtliche Regionalgruppen und Mitgliedsorganisationen an dieser Umorientierung beteiligt und tragen sie sie mit bzw. wissen sie überhaupt davon?
5. Wurden die Attac-Mitglieder von dieser Umorientierung von Attac informiert, um entscheiden zu können, ob sie unter diesen Umständen noch dabei bleiben wollten?

Dazu kommen strukturelle Fragen:

6. Wie demokratisch ist Attac überhaupt, wenn eine Person praktisch die Richtung bestimmt?
7. Ist es demokratisch, dass ein Einzelner, der nie in den Kokreis gewählt wurde, weil er von einer Mitgliedsorganisation dorthin entsendet wurde (seine Kokreis-Mitgliedschaft also einer Art Abstammungsrecht verdankt), daher auch nie abgewählt werden kann, jahrzehntelang dort einen so tiefgreifenden Einfluss auf das Selbstverständnis des Netzwerks nehmen kann, dass es sich völlig wandelt, ohne dass gesichert wurde, dass alle Beteiligten und davon Betroffenen das mittragen bzw. überhaupt davon wissen?
8. Müsste nicht endlich der Status der Mitglieder, die mal welche sind, mal nicht, einschließlich ihrer Rechte und Pflichten geklärt werden?

Es hilft nichts: Das alles muss breit in Attac debattiert werden und die eine Ratsklausur am kommenden Wochenende wird nicht reichen. Eine Chance, die die Pandemie uns aber eröffnet ist ja, dass wir jetzt alle mit Videokonferenzen umzugehen gelernt haben, also auch häufiger welche veranstalten und so – vor allem unter breiterer Beteiligung – weiter debattieren können.

*Barbara Volhard, Attac-Aktivistin seit 2003 und ehemaliges Ratsmitglied (2007-2009)*